

## Globales Wachstum ist «untröstlich schwach»

03.04.2014



IWF-Chefin Christine Lagarde wünscht sich ein höheres Wirtschaftswachstum.

Bild: Bloomberg

Die Pattsituation der Weltmächte in der Krim-Krise ist laut IWF-Chefin ein Gefahrenherd für das globale Wirtschaftswachstum. Mit diesem ist sie ohnehin nicht zufrieden.

Die Pattsituation zwischen Russland einerseits und den USA sowie der Europäischen Union (EU) andererseits wegen der Ukraine stellen nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Gefahr für die Weltwirtschaft dar. Die Europäische Zentralbank (EZB) forderte die IWF-Chefin Christine Lagarde zudem zu weiteren geldpolitischen Lockerungen auf.

Die zunehmenden geopolitischen Spannungen könnten - zusammen mit Risiken durch eine ultra-niedrige Inflation in den Industriestaaten und der Volatilität an den Schwellenmärkten - die Wachstumsaussichten für die Weltwirtschaft trüben, sagte Lagarde am späten Mittwoch bei einer Rede in Washington. Das globale Wachstum sei ohnehin schon “untröstlich schwach”.

“Falls die Lage in der Ukraine nicht gut gehandhabt wird, könnten breitere Auswirkungen drohen”, erklärte sie. Die Krise zu beheben, erfordere “nicht nur gute Massnahmen, sondern gute Politik”. Nur so könne die Weltwirtschaft “einen Gang hochschalten”, fügte die IWF-Chefin an.

### **Risiko für «low-flation»**

Russland hat die Kontrolle über die Halbinsel Krim von der Ukraine im März übernommen, was zu den stärksten Spannungen seit dem Kalten Krieg führte. Die 40.000 Soldaten umfassende militärische Präsenz Russlands an der östlichen Grenze der Ukraine hat zudem die Sorge verstärkt, dass eine Invasion bevorstehen könne - unter dem Vorwand die russischsprachige Bevölkerung im Osten und Süden der Ukraine zu beschützen.

Besonders mit Blick auf den Euroraum warnte Lagarde zudem vor den Folgen einer längeren Phase mit extrem niedrigen Preisanstiegen. “Es gibt ein entstehendes Risiko für etwas, das ich als ‘low-flation’ bezeichne, insbesondere im Euroraum”, sagte die IWF-Chefin und verwies darauf, dass eine solche Mini- Inflation Nachfrage und Wirtschaftsleistung dämpfen könnte.

In den 18 Euro-Staaten ist ihren Worten nach deswegen eine “weitere geldpolitische Lockerung, auch durch unkonventionelle Massnahmen, notwendig, um die Chancen zu verbessern, das Preisstabilitätsziel der EZB zu erreichen”.

(Bloomberg)